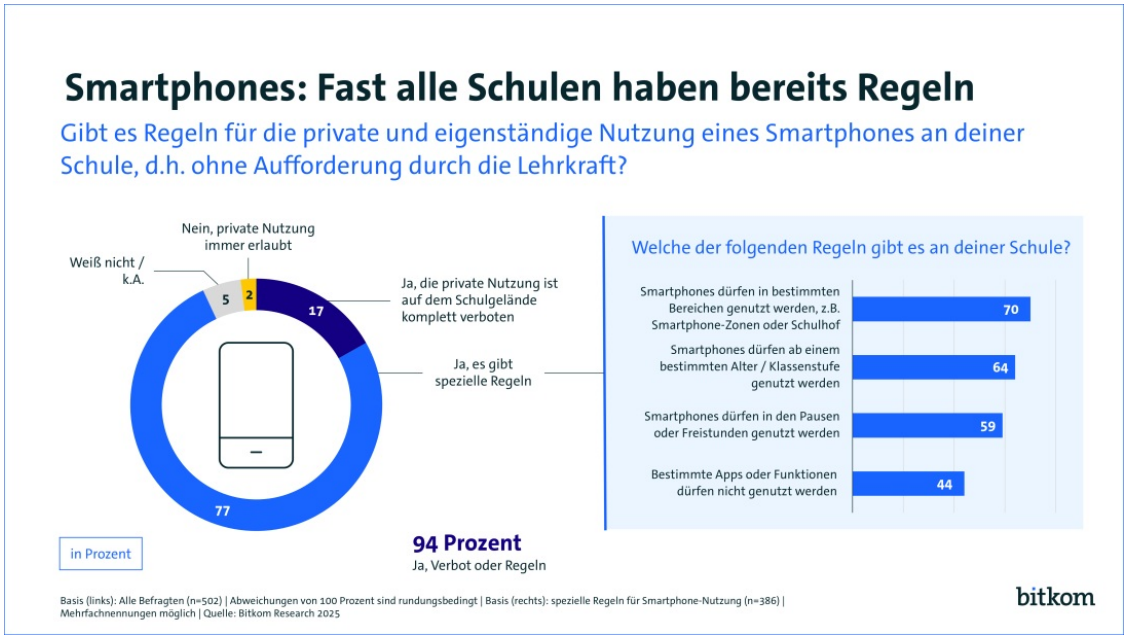
Bitkom e.V. | Presseinformation zur Pressekonferenz

Handyverbot an fast jeder fünften Schule

- **Bei 17 Prozent der Schülerinnen und Schüler ist die private Smartphonenutzung komplett verboten**
- **Unterrichtsangebot zu Digitalthemen bleibt weit hinter Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler zurück**
- **Zwei Drittel nutzen KI – vor allem für Präsentationen und Texte**



Berlin, 14. Mai 2025 - Sie lenken ab, sie sind Teil des Alltags, sie sind Lernwerkzeuge – die Frage, ob und wie Smartphones an Schulen genutzt oder verboten werden sollten, wird zurzeit viel diskutiert. Entsprechend haben mit 94 Prozent fast alle weiterführenden Schulen Regeln oder Verbote zur privaten Nutzung von Smartphones festgelegt: Bei 17 Prozent der Schülerinnen und Schüler ist die private Nutzung auf dem Schulgelände komplett verboten, bei weiteren 77 Prozent gibt es spezielle Regeln. In lediglich 2 Prozent der Schulen ist die private Smartphonenutzung, also eigenständig ohne Aufforderung der Lehrkraft, immer erlaubt. Das sind Ergebnisse einer repräsentativen Befragung unter 502 Schülerinnen und Schülern zwischen 14 und 19 Jahren im Auftrag des Digitalverbands Bitkom. Nur in 12 Prozent der Schulen mit Regeln oder Verboten wurde die Schülerschaft in diese Entscheidung einbezogen.

Gibt es Regeln, so ist die private Smartphonenutzung meist stark eingeschränkt: In 70 Prozent der Schulen mit Regeln dürfen Smartphones nur in bestimmten Bereichen wie auf dem Schulhof oder in speziellen Smartphone-Zonen privat genutzt werden. In 64 Prozent dürfen Smartphones nur ab einem bestimmten Alter oder Klassenstufe genutzt werden. 59 Prozent der Schulen erlauben die Nutzung von Smartphones in Pausen oder Freistunden und bei 44 Prozent dürfen bestimmte Apps oder Funktionen wie die Kamera nicht genutzt werden. „Smartphones gehören heute selbstverständlich zur Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Umso wichtiger ist es, dass sie einen verantwortungsvollen Umgang damit lernen. Es gilt daher, Regelungen mit Augenmaß zu schaffen – solche, die den digitalen Alltag anerkennen und zugleich Raum für eigenständige Nutzung lassen, ohne den Schulbetrieb zu beeinträchtigen“, so Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst.

Gibt es Regeln, so bedeutet dies noch lange nicht, dass sie auch befolgt und durchgesetzt werden: Insgesamt rund ein Drittel (37 Prozent) der Schülerinnen und Schüler, bei denen Verbote oder Regeln zur privaten Smartphonenutzung bestehen, gab in der Umfrage zu, sich häufig nicht daran zu halten. Und das hat Folgen: Bei 63 Prozent wird das Smartphone bei Verstößen einkassiert, bei 58

Prozent gibt es Strafen wie Nachsitzen oder Anrufe bei den Eltern. Zwei Drittel (68 Prozent) der Schülerinnen und Schüler erleben aber auch, dass Lehrkräfte die Regeln unterschiedlich streng umsetzen.

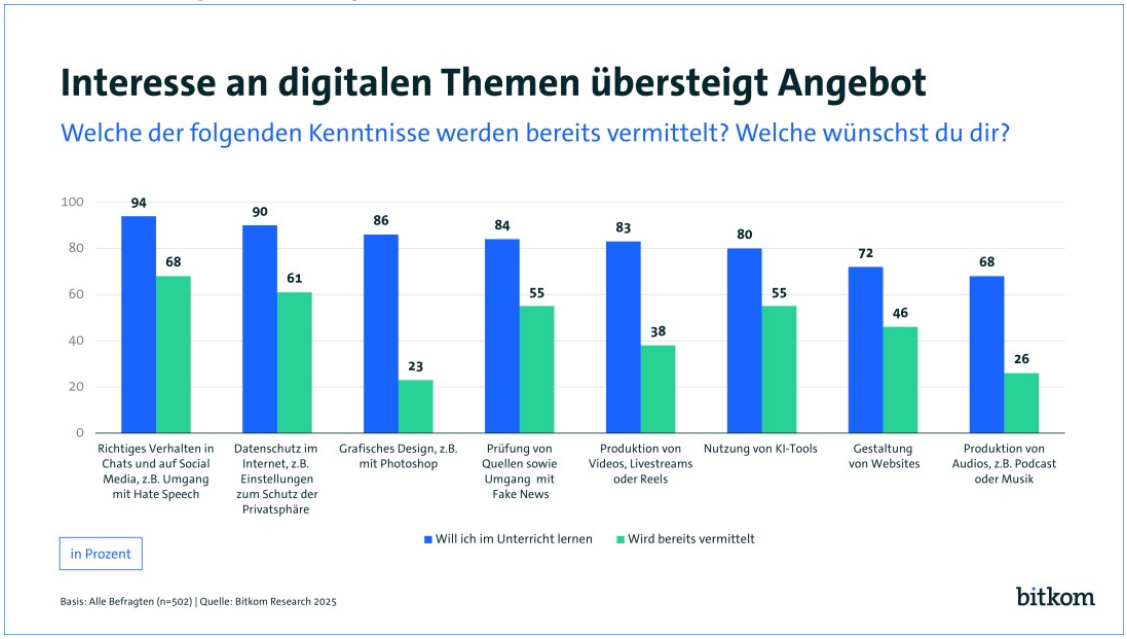
Fast alle Schülerinnen und Schüler wollen mit dem Smartphone lernen

Smartphones in der Schule bedeuten aber nicht immer nur private Chats und lustige Kurzvideos, die Schülerinnen und Schüler wollen mit dem Gerät auch lernen: 93 Prozent wollen, dass es im Unterricht für den Wissenserwerb eingesetzt wird. 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler werden tatsächlich manchmal aufgefordert, das private Smartphone im Unterricht zu verwenden, zum Beispiel für Recherchen oder Online-Quizzes. „Pauschale Verbote von Smartphones an Schulen werden ihrer weit verbreiteten Rolle als Lernwerkzeug nicht gerecht. Statt gesetzlicher Verbote sollten die Länder abgestufte, rechtlich gesicherte und klare Leitlinien für den Umgang mit privaten mobilen digitalen Endgeräten im Schulalltag formulieren“, so Wintergerst. „Zudem muss in die digitale Ausstattung der Schulen investiert werden, damit digitale Lehrangebote überhaupt unabhängig von privaten Geräten gemacht werden können.“

Aber auch andere Geräte sind im Unterricht gefragt: 86 Prozent der Schülerinnen und Schüler wollen mit Laptops bzw. Notebooks lernen, 78 Prozent mit Tablets. Damit nicht genug: 58 Prozent wollen mit Virtual-Reality-Brillen lernen, 49 Prozent wünschen sich 3D-Drucker im Unterricht, 21 Prozent Spielekonsolen und 15 Prozent Roboter. Auch der Overhead-Projektor hat noch seine Fans: 26 Prozent der Schülerinnen und Schüler wünschen sich, dass er im Unterricht zum Einsatz kommt. Niemand (0 Prozent) gibt an, in der Schule gar nicht mit digitalen Geräten lernen zu wollen.

Im Gegenteil, der Großteil würde gerne digitaler lernen. Fast 9 von 10 Schülerinnen und Schülern (88 Prozent) wünschen sich, dass digitale Lernmedien wie Lern-Apps, Lernplattformen oder digitale Arbeitsblätter stärker zum Einsatz kommen. Drei Viertel (75 Prozent) sagen, durch digitale Lernmedien seien sie motivierter, 64 Prozent fällt so das Lernen leichter. Demgegenüber sagen aber auch 22 Prozent, digitale Lernmedien lenkten sie ab. Kritik üben die Schülerinnen und Schüler an der technischen Ausstattung ihrer Schule. 39 Prozent sagen, sie sei mit Blick auf die Nutzung digitaler Lernmedien zu schlecht.

Unterrichtsangebot zu digitalen Kenntnissen bleibt weit hinter Wünschen zurück



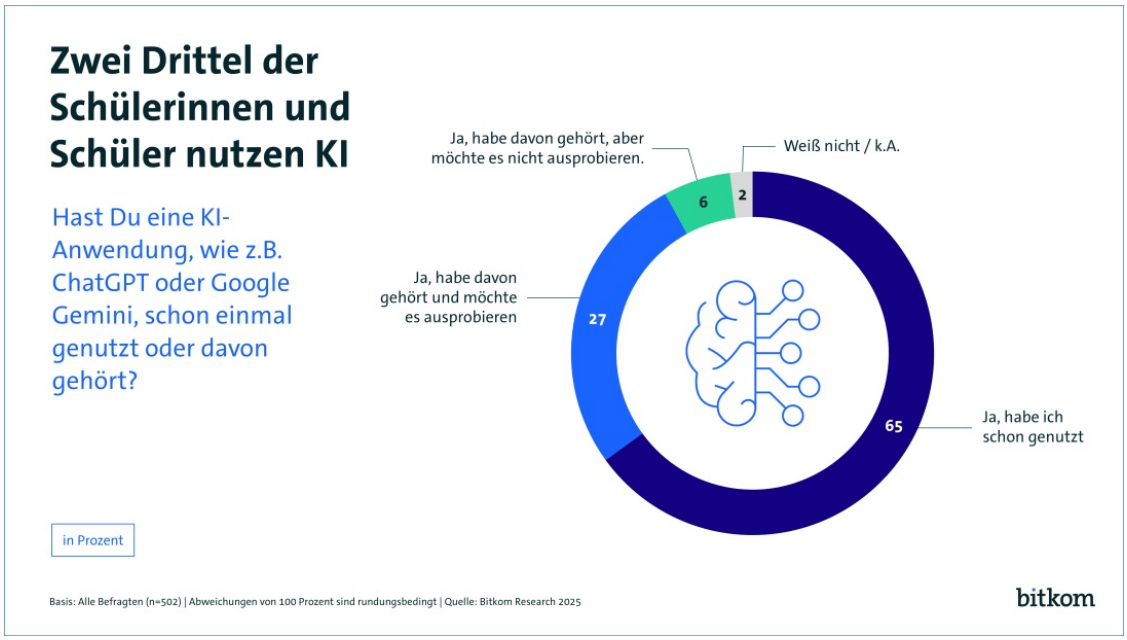
Neben dem fachübergreifenden Einsatz digitaler Lernmedien und Geräte möchten die Schülerinnen und Schüler in der Schule auch digitale Kenntnisse erlernen. Diesem Anspruch werden die Schulen meist nicht gerecht. So wollen 94 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der Schule lernen, wie man sich in sozialen Medien beziehungsweise Chats richtig verhält und zum Beispiel mit Hate Speech umgeht. Vermittelt wird dies aber nur bei 68 Prozent. 90 Prozent wollen sich Kenntnisse zum Datenschutz, z.B. zum Schutz der Privatsphäre in sozialen Netzwerken, aneignen, aber nur bei 61 Prozent kommt das Thema im Unterricht vor. Besonders groß ist die Diskrepanz im grafischen Design, zum Beispiel bei Anwendungen wie Photoshop: 86 Prozent wollen es lernen, aber nur 23

Prozent können das in der Schule tun.

Ebenfalls von der weit überwiegenden Mehrheit gewünscht sind Kompetenzen zur Prüfung von Quellen und dem Umgang mit Fake News. 84 Prozent wollen dies in der Schule lernen, aber nur 55 Prozent haben ein entsprechendes Angebot. Die Produktion von Videos, Livestreams und Reels wollen 80 Prozent erlernen (Angebot: 38 Prozent). Aber auch beim Trendthema Künstliche Intelligenz klafft eine Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit: 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler würden die Nutzung von KI-Tools gerne im Unterricht erlernen, vermittelt wird sie bisher aber nur bei 55 Prozent.

Diese Lücke könnte ein Pflichtfach Informatik schließen. Wintergerst: „Bisher hängt es vom Bundesland ab, ob und in welchem Umfang Informatik auf dem Stundenplan steht. Ein flächendeckendes Pflichtfach wäre eine enorme Chance, strukturiert Digitalkompetenzen zu vermitteln und dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen mit den Fähigkeiten, die heute in Alltag und Berufsleben unerlässlich sind, ausgestattet werden.“ Die überwiegende Mehrheit von 71 Prozent der Schülerinnen und Schüler hält es für eine gute Idee, Informatik als Pflichtfach einzuführen. Insgesamt haben zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler (66 Prozent) schon einmal am regulären Informatikunterricht, also keine nachmittägliche AG oder Ähnliches, teilgenommen oder tun dies derzeit. Das sind mehr als noch vor zwei Jahren (54 Prozent).

Zwei Drittel nutzen schon KI – vor allem für Präsentationen und Texte



Bei Künstlicher Intelligenz warten die Schülerinnen und Schüler nicht auf ihre Schule, sie probieren die neuen Möglichkeiten eigenständig aus: Zwei Drittel (65 Prozent) haben schon eine KI-Anwendung wie ChatGPT oder Google Gemini genutzt. Weitere 27 Prozent haben zumindest schon einmal davon gehört und würden es gerne ausprobieren. Nur 6 Prozent wollen es nicht ausprobieren. Unter den befragten Schülerinnen und Schülern hat niemand (0 Prozent) noch gar nicht von solchen KI-Anwendungen gehört. Wintergerst: „Bereits heute lernt die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler mithilfe von KI. Umso entscheidender ist es, dass dies nicht nur auf eigene Faust geschieht, sondern in der Schule die Möglichkeiten aber auch Grenzen der Technologie vermittelt werden. Damit dies gelingt, brauchen Lehrkräfte sichere, unkomplizierte Zugänge zu KI-Anwendungen und sie müssen systematisch geschult werden.“

Wer unter den Schülerinnen und Schülern bisher KI verwendet, tut dies demnach zuallererst zur Vorbereitung von Präsentationen (79 Prozent) und zum Schreiben von Texten wie Aufsätzen (64 Prozent). Zum Rechnen beziehungsweise Lösen von Aufgaben, zum Beispiel in Mathe oder Physik verwendet es knapp die Hälfte (49 Prozent), zur Gestaltung von Videos oder Bildern 44 Prozent. Zur Vorbereitung auf Prüfungen, Tests oder Klassenarbeiten haben 52 Prozent schon KI eingesetzt, 9 Prozent sogar während der laufenden Prüfungen. Wintergerst: „KI verändert das Lernen und wird immer wichtiger für die Berufswelt, begegnet jungen Menschen aber auch in Form von Fake News. KI-generierte Inhalte kritisch zu hinterfragen und die Technologie bewusst als Werkzeug zu verwenden gehört in der heutigen Welt zu den wichtigsten Kernkompetenzen. KI ersetzt nicht das eigenständige Denken, sondern begleitet und stärkt es.“

Die technischen Voraussetzungen, KI und Co. in den Schulen zu vermitteln, haben sich in den vergangen zwei Jahren dabei durchaus verbessert – auch wenn weiter Nachholbedarf besteht. So geht die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die schlechtes oder fehlendes WLAN als dringlichstes Problem an ihrer Schule sehen, von 87 Prozent in 2023 auf aktuell 59 Prozent zurück. Eine schlechte technische Ausstattung generell sehen noch 49 Prozent als dringlichstes Problem (2023: 56 Prozent), einen zu geringen Einsatz digitaler Geräte und Bildungsmedien 36 Prozent (2023: 48 Prozent).

Aktuell von den meisten als dringliches Problem wahrgenommen wird demnach mit 65 Prozent der Lehrkräftemangel (2023: 59 Prozent). „Durch den ersten Digitalpakt konnten die Schulen bei der lang verschlafenen Digitalisierung endlich aufholen und in den vergangenen zwei Jahren teils große Fortschritte machen. Trotzdem bemängelt eine Mehrheit die grundlegende digitale Ausstattung – und das ist ein alarmierendes Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems“, so Wintergerst. „Die neue Bundesregierung muss den im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Digitalpakt 2.0 zügig und möglichst bürokratiearm umsetzen. Die versprochenen Finanzmittel müssen schnellstmöglich im Haushalt verankert und es muss eine gemeinsame digitale Antragsplattform von Bund und Ländern geschaffen werden. Zudem braucht es endlich eine konkrete Strategie für digitale Kompetenzen und Medienbildung in den Schulen. Der Bund sollte mehr Verantwortung in der digitalen Bildung erhalten, um das Schulsystem aus der Föderalismusfalle befreien.“

Kontakt

Merle Wiez
Pressereferentin
Telefon: +49 30 27576-274
E-Mail: m.wiez@bitkom.org
Download Pressefoto

Leah Schrimpf
Leiterin Digitale Gesellschaft
Download Pressefoto
Nachricht senden

Johanna Guttenberger
Manager Bildungspolitik & Digitale Gesellschaft
Nachricht senden

Hinweis zur Methodik

Grundlage der Angaben ist eine Umfrage, die Bitkom Research im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 502 Schülerinnen und Schüler in Deutschland zwischen 14 und 19 Jahren telefonisch befragt. Die Befragung fand im Zeitraum von KW 9 bis KW 15 2025 statt. Die Umfrage ist repräsentativ.

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Handyverbot-fuenfte-Schule***